



Antrag

der Abgeordneten **Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler, Markus Fröschl, Judith Gerlach, Florian Hölzl, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Steffen Vogel, Mechthilde Wittmann CSU**

Für eine lebendige Demokratie – Junge Menschen stärker beteiligen

Der Landtag wolle beschließen:

Entscheidungen von heute prägen die Zukunft von morgen. Sie haben vielfach Auswirkungen auf junge Menschen, ihre Zukunft und ihre Lebensperspektiven. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels müssen junge Menschen noch intensiver in politische Gestaltungsprozesse einbezogen werden und ihre Interessen vertreten können. Eine stärkere Beteiligung junger Menschen leistet zugleich einen entscheidenden Beitrag für Generationengerechtigkeit und Chancengleichheit.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, unter Einbeziehung der maßgeblichen Partner ein bereichs- und ressortübergreifendes Gesamtkonzept für mehr Beteiligung junger Menschen in der bayerischen Demokratie zu erarbeiten. Das querschnittsübergreifende Konzept soll auch Ansatzpunkte darstellen, wie die Interessen der jungen Menschen im Rahmen von politischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozessen stärker und systematisch berücksichtigt werden können.

Soweit für dieses erarbeitete Gesamtkonzept ein zusätzliches finanzielles Engagement des Freistaates erforderlich ist, hat dies im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel zu erfolgen.

Begründung:

Unsere Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss in den Menschen in Bayern tief verwurzelt bleiben, damit sie auch in Zukunft stark bleibt. Wir müssen sicherstellen, dass alle Altersgruppen gehört und ihre Interessen in den demokratischen Entscheidungsprozess einbezogen werden.

In Zeiten des demografischen Wandels ist es daher besonders wichtig, dass gerade junge Menschen die Möglichkeit haben, Entscheidungen mitzugestalten und für ihre Sichtweise und ihre Interessen in den demokratischen Prozessen einzutreten. Denn: Vieles, was heute diskutiert und entschieden wird, gestaltet unmittelbar die Situation und Lebensverhältnisse, in die die jungen Menschen und unsere nachfolgende Generationen hineinwachsen.

In Bayern existieren bereits eine ganze Reihe von erfolgreichen Partizipationsformen auf verschiedenen Ebenen, z. B. Jugendparlamente, Jugendbeiräte, sonstige kommunale Formen der Beteiligung junger Menschen an den sie unmittelbar berührenden Fragen, ebenso z. B. verschiedene Partizipationsformen in Kindertageseinrichtungen und in Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe und der Landesheimrat.

In Ergänzung dessen ist es sinnvoll, ein umfassendes bayerisches Gesamtkonzept für mehr und systematische Beteiligung junger Menschen in unserer Demokratie zu entwickeln. Dabei sollten möglichst alle politischen Ebenen, auch die Kommunale Ebene, mitgedacht werden. Ein ganz wichtiger Bestandteil der Idee einer eigenständigen kommunalen Jugendpolitik (vgl. Beschluss des Landtags vom 14.03.2017, Drs. 17/15969) ist ohnehin die Teilhabe und Beteiligung aller jungen Menschen vor Ort.

Ein „Jugend-Check“ wie ihn das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument entwickelt hat, ist eine sehr interessante Idee. Das „Kompetenzzentrum Jugend-Check“ wird diesen auf Bundesebene weiterentwickeln und durchführen. Seine Arbeit hat das „Kompetenzzentrum Jugend-Check“ zu Beginn des Jahres 2018 aufgenommen. Erste konkrete Erfahrungen werden nach der zweijährigen Förderphase voraussichtlich frühestens Ende des Jahres 2019 vorliegen.

Das zu entwickelnde Konzept soll aber umfassend Möglichkeiten prüfen, wie die Einbeziehung junger Menschen in allen Lebensphasen gestärkt werden kann. Denn es geht nicht nur um neue Instrumente für Ministerien und Verwaltungen, sondern um eine lebendige Beteiligung. Neue Ansätze müssen die Besonderheiten in Bayern und vor allem das sehr aktive Engagement junger Menschen – z. B. auch in den Verbänden – einbinden und darauf aufbauen.

Eine gelebte Teilhabe junger Menschen und eine aktive Jugendpolitik stärken unsere Demokratie und sind damit die beste Prävention gegen Abkehr von Demokratie und Gesellschaft und Extremismus.